



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschafts-Instituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

RENTENPOLITIK

Rentner-Republik Deutschland

„Verlängerung der staatlich geförderten Altersteilzeit, die es Älteren ermöglicht, gleitend oder früher in Rente zu gehen“. „Rente mit 60 statt mit 67“. „Renten, die den Lebensstandard und nicht nur das Existenzminimum sichern“. Das sind zentrale Forderungen der aktuellen rentenpolitischen Diskussion in Deutschland. Wie die sozialen Wohltaten zu finanzieren sind und welche ökonomischen Folgekosten entstehen, bleibt dabei nachrangig. Hauptsächlich gilt es, die ältere und alternde Wählerschaft mit attraktiven Verlockungen zu ködern. Seit Wochen ist die Politik darauf ausgerichtet, mit milden Gaben die Gunst der Senioren zu gewinnen.

Erst war es die Forderung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers. Er wollte die Renten von Geringverdienern, die mindestens 35 Jahre gearbeitet haben, generell – also auch wenn sie selber wenig einbezahlt haben sollten – über das Grundsicherungsniveau hinaus anheben. Damit würde das grundlegende Versicherungsprinzip ausgehebelt, dass sich die Höhe der Rente an der Höhe der eingezahlten Beiträge bemisst und eben nicht an der Zahl der Beitragsjahre. Dann folgte eine von der Großen Koalition beschlossene außerplanmäßige Rentenerhöhung. Ohne sich ernsthaft um die langfristige Finanzierung zu kümmern, wurde die Rentenanpassungsformel ausgehebelt. Nicht nur, dass die Missachtung der an sich geltenden Berechnungsformel die deutschen Erwerbstätigen bis zum Jahre 2012 zusätzliche 11 Milliarden Euro kosten wird. Dramatischer ist die mit dem Rentengeschenk verbundene Symbolik. Die bürgerlichen Parteien zeigen, dass sie verstanden

haben, wo in einer alternden Bevölkerung die politischen Kraftfelder liegen. Nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern heute schon lässt sich gegen die Macht der Senioren keine Politik mehr machen. Wahlsiege und politische Mehrheiten gibt es nur noch mit und nicht mehr ohne Zustimmung der Senioren. Das haben alle Parteien verstanden, nicht nur die Linke.

Alt-Bundespräsident Roman Herzog hat recht. Deutschland ist auf dem Weg in eine Rentner-Republik. Die heftige, zornige und teilweise unflätige Kritik an seiner Feststellung ändert nichts am Wahrheitsgehalt der Aussage.

Jahr für Jahr verlagert sich das demographische Machtgleichgewicht schrittweise zugunsten der Älteren und zulasten der Jüngeren. Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren wird von heute etwa 16 Millionen auf über 22 Millionen im Jahr 2030 ansteigen. Ist heute ein Fünftel der Wohnbevölkerung 65-jährig oder älter, werden es 2025 ein Viertel und 2050 ein Drittel sein. Das Medianalter, das heißt das Alter, das die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt, steigt stetig an. Es lag vor 100 Jahren bei 24 Jahren, es liegt heute bei 42 Jahren und es wird bis 2050 auf knapp 50 Jahre zunehmen. Der demographische Alterungsprozess wird in der Politik zu tektonischen Machtveränderungen führen. Wenn bald einmal die Hälfte der deutschen Bevölkerung älter als 50 Jahre sein wird, haben die Älteren das politische Sagen und nicht mehr die Jüngeren. Keine Partei wird es sich leisten können, diese einfache demographische Regel zu missachten. Wagt es ein junger Bundestagsabgeordneter vor-

sichtig, die außerplanmäßige Rentenerhöhung als fragwürdiges Wahlgeschenk zu kritisieren, wird er von den Senioren an den Pranger gestellt und politisch mundtot gemacht.

Nur wer mit den Rentnern auf Schmusekurs geht, hat in alternden Demokratien eine politische Überlebenschance. Damit aber ist eine langsame Übernahme der Macht durch die Senioren vorgezeichnet. Es gibt wenig Möglichkeiten, das politische Ungleichgewicht zu korrigieren. Denn noch nicht geborene oder kleine Kinder haben heute kein politisches Gewicht. Sie können nicht wählen. Um den Interessen der Kindeskindern eine Stimme zu geben und einen Methusalemkomplott zu lasten künftiger Generationen zu erschweren, sollten Kinder deshalb das aktive Wahlrecht erhalten.

Für weniger als 16-jährige müssten Eltern oder Sorgerechtsvertreter die politischen Interessen ihrer Zöglinge als Elternwahlrecht bis zu deren politischen Volljährigkeit wahrnehmen können. Das tun sie als Erziehungsberechtigte ja sowieso in allen anderen Bereichen. Wieso nicht auch bei politischen Entscheidungen? Wenn Kinder von Geburt an das aktive Wahlrecht erhalten, werden sie für die heutige Politik interes-

santer. Sie wären dann nicht mehr länger machtlos und müssten ohnmächtig zusehen, wie heutige Entscheidungen künftige Handlungsspielräume verkleinern. Dann hätten auch Kinder wenigstens indirekte Macht, über ihre eigene Zukunft selber zu entscheiden.

Ein politisch gangbarer Kompromiss zu einem Wahlrecht für alle von Geburt an würde darin bestehen, das Wahlrechtsalter weiter abzusenken und Jugendliche ab 16 oder 14 Jahren das aktive Wahlrecht zu geben.

In Deutschland gilt bereits in fünf Bundesländern das Wahlrecht ab 16 Jahren. In Österreich wurde letztes Jahr das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt. Wieso sollte Gleiches nicht auch auf Bundesebene möglich werden?

Werden die Interessen künftiger Generationen missachtet und überspannen die Älteren die rentenpolitischen Forderungen, droht aus dem Generationenvertrag ein Generationenkonflikt zu werden. Den aber werden mit Sicherheit die Jungen gewinnen. Denn wie die Jungen die Eltern brauchen, um erwachsen zu werden, brauchen die Älteren die Jungen, um in Würde alt zu werden. Wenn die Kindeskindern aus ihren laufenden Einkommen die Renten für

die Senioren nicht mehr bezahlen wollen oder bezahlen können, weil die Lasten zu drückend geworden sind, werden sie mit Leichtigkeit in der Lage sein, sich zu entziehen. Sie werden sich verweigern oder sich durch Auswanderung davon machen. Dann wird es früher oder später zu einer Implosion und damit Zerstörung des heutigen Systems der gesetzlichen Rentenversicherung kommen. Vor allem die Rentner würden so zu den großen Verlierern. Sie können nicht wie Jüngere andernorts oder anderweitig neu beginnen. Mit einem Generationenkonflikt ist deshalb niemandem gedient, am wenigsten den Älteren. Die Rentner sollten wissen oder zumindest ahnen, dass sie die Jungen gerade im Alter brauchen, um ihre Renten zu finanzieren. Aus den süßen Wahlgeschenken von heute könnte zu rasch ein gesellschaftsspalten-der Bumerang von morgen werden.

Deshalb ist es für die Älteren die nachhaltigste Strategie, keinen Streit der Generationen zu provozieren. Klüger ist es, die Jungen zu umwerben, ihnen das Leben nicht durch kurzatmige, populistische Rentenforderungen zu erschweren und alles dafür zu tun, dass der Generationenvertrag hält und nicht auseinander bricht.